



Ratsantrag zur Planungswerkstatt 2030

Der Rat möge beschließen:

1. Im Rahmen der Arbeiten der Planungswerkstatt 2030 soll geprüft werden, welche Vorteile ein großes neues Wohngebiet, in Verbindung mit der Weiterentwicklung bestehender Stadteile („Zwiebelmodell“) im Vergleich zu alternativen Modellen der Baulandentwicklung (neuer Stadtteil) für die Versorgung der wachsenden Bevölkerung mit Wohnraum, für die städtebauliche Entwicklung der Stadt und für die Belange des Freiraum- und Naturschutzes bieten kann.
2. Bei der Suche nach geeigneten Standorten für ein großes Wohngebiet sind vor allem folgende Kriterien zu berücksichtigen:
 - Nähe zur Innenstadt,
 - Nähe zu Arbeitsplätzen,
 - ausreichende Größe, um ein urbanes Quartier zu entwickeln,
 - gute multimodale Verkehrserschließung (insbesondere ÖPNV-Anschluss) - wenn möglich mit einer guten Anbindung an den SPNV und
 - Anknüpfung an die vorhandene öffentliche, wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, bzw. die Möglichkeit angemessene neue Infrastrukturen zu schaffen.

Das System der Grünordnung der Stadt darf nicht verletzt werden, besonders das Konzept der Frischluftschneisen darf nicht beeinträchtigt werden und ökologische Kriterien der Bauleitplanung sollen berücksichtigt werden.

3. In die Standortuntersuchungen für ein neues großes Wohngebiet sollen u. a. neben dem ehemaligen Güterbahnhof Flächen entlang der großen Einfallstraßen einbezogen werden:
 - Steinfurter Straße/Austermannstraße/Wasserweg
 - August-Schepers-Straße/Wolbecker Straße/Umgehungsstraße/Lütkenbecker Weg sowie
 - ehemaliger Güterbahnhof (Hafenstraße bis Roddestraße)

4. Bei den Standortuntersuchungen sollen auch die Auswirkungen auf die strukturelle Entwicklung des jeweiligen Stadtteils berücksichtigt werden. Eine geordnete Gesamtentwicklung darf dabei nicht beeinträchtigt werden.
5. Aufgezeigt werden soll auch, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um die Errichtung von Wohnungen in einem neuen großen Wohngebiet rechtzeitig vor Ende des gegenwärtigen Baulandprogramms (2025) beginnen zu können.
6. Zusätzlich benennt die Verwaltung Maßnahmen, mit denen die regionale Kooperation zur Wohnungsversorgung im Münsterland gefördert und ausgebaut werden kann. Es muss aber sichergestellt sein, dass diese Maßnahmen nicht zu einem weiteren Anstieg von Pendlerverkehren im MIV führen.

Begründung:

Aus lokaler Sicht wird betont, dass die wachsenden Bedarfe der wachsenden Stadt durch das bislang verfolgte „Zwiebelmodell“ nicht mehr allein zu bewältigen sind. Die Verwaltung zieht daraus den Schluss: „Als das insgesamt am besten geeignete Entwicklungsszenario für Münster werden großflächige Stadtteilerweiterungen bewertet, da diese im Vergleich zum Bau eines neuen Stadtteils ähnliche Vorteile aufweisen, aber gleichzeitig die damit verbundenen Risiken minimieren.“ (ebd.)

Angesichts dieser grundsätzlichen und aus unserer Sicht richtigen Wertung halten wir es für geboten, die weitere Arbeit der Planungswerkstatt auf die Fragestellungen zuzuspitzen, die sich aus der Entwicklung eines großen neuen Wohngebietes ergeben. Dabei geht es darum, möglichst große Nähe zum Stadtzentrum mit hoher Wohnqualität und urbanen Strukturen, mit guter infrastruktureller Versorgung und mit Angeboten für multimodale Mobilität und mit der Nähe zu Arbeitsplätzen zu verbinden. Das System der Grünordnung der Stadt darf nicht verletzt werden.

Ohne damit eine Wertung oder Entscheidung vorwegzunehmen, sollen einige aktuell bzw. bereits in der Vergangenheit öffentlich diskutierte Standorte für ein großes neues Wohngebiet in die Bearbeitung einbezogen werden.

Insgesamt wird es jedoch auch darum gehen, die Lasten und Chancen einer Baulandentwicklung gleichermaßen über die Stadtbezirke zu verteilen und die Wahl geeigneter Flächen in einem transparenten Verfahren herzuleiten und zu dokumentieren. Aus den bisherigen Sitzungen der Planungswerkstatt resultiert, dass eine regionale Kooperation zur Bereitstellung von Wohnbauflächen im Münsterland sehr dabei helfen kann, die Herausforderungen des Bevölkerungszuwachses zu bewältigen: „Dabei wird der Stadtregion eine zunehmend wichtige Rolle ... zukommen.“ (V/0945/2016 – Zwischenbericht). Vorschläge für Instrumente und Verfahren zur Förderung der regionalen Kooperation soll die Verwaltung deshalb möglichst bald in die Arbeit der Planungswerkstatt einspeisen.